

Gemeinsam für Deutschland

Überlassen wir unser Land nicht dem Rechtsextremismus!



Im Januar und Februar 2024 gingen hunderttausende auf die Straße, um gegen den zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland und die Ansichten der AfD zu demonstrieren. So auch in Berlin, wo der *Paritätische Gesamtverband* am 03. Februar zusammen mit vielen hunderten anderen Organisationen zu einer Demonstration gegen Spaltung und für Demokratie vor dem Reichstag aufgerufen hat. Unter anderen hat sich auch der *Landesverband Epilepsie Berlin-Brandenburg* diesem Aufruf, dem mindestens 150.000 Menschen gefolgt sind, angeschlossen.

In dem Aufruf weist der *Paritätische Gesamtverband* darauf hin, dass Rechts-extreme immer selbstbewusster und feindseliger auftreten: Millionen Menschen sollen nach ihren Vorstellungen aus rassistischen Motiven entrechtet und deportiert, behinderte Menschen ausgegrenzt, Suchtkranke eingesperrt und alle Lebensentwürfe unterdrückt werden, die sich nicht in ihr archaisches Familien- und Geschlechterbild fügen wollen. Letztlich stelle die AfD die demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft in Frage.

Die AfD sieht das vollkommen anders und stellt sich – wie gewohnt – als Opfer einer maßlos übertriebenen Hetzkampagne dar, denn: „Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit

und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Gehör zu verschaffen (Grundsatzprogramm der AfD, am 30.04./01.05.2016; veröffentlicht auf der Webseite der AfD-Bundespartei, Zugriff am 08.03.2024). Das heißt im Umkehrschluss, dass es nach Meinung der AfD derzeit Freiheit und Demokratie in Deutschland **nicht** mehr gebe. Die AfD also als Retter Deutschlands? Wer sich das Grundsatzprogramm der AfD genauer anschaut, wird sehr schnell merken, dass es ihr gerade nicht um mehr Freiheit und Demokratie geht, sondern eher darum, allen Menschen ihr antiquiertes Weltbild aufzudrängen und alle davon abweichenden Meinungen zu diskreditieren. Das wird bei einem Blick in ihr Grundsatzprogramm, den ich hier werfen werde, sehr schnell deutlich. Im Anschluss daran werde ich erläutern, was diese Aussagen meines Erachtens für Menschen mit Epilepsie und ihre Angehörigen bedeuten.

Was will die AfD?

Zunächst geht die AfD davon aus, dass die „wahre Macht“ in Deutschland von einer kleinen Führungsgruppe innerhalb der Parteien ausgeht, „... deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt ... Die Abgeordneten unserer Parlamente haben ihre Funktion als Mandate der Bürger verloren. Ihre Loyalität gilt zuerst der politischen Partei, der sie angehören

(ebd.: S. 8 f)“. Letztlich möchte die AfD unsere parlamentarische Demokratie abschaffen und stattdessen dem Volk das Recht geben, über die vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen (ebd.: S. 9).

Gefordert wird ein „schlanker Staat für freie Bürger“: „Es bedarf neuer Konzentration auf die vier klassischen Gebiete: Innere und äußere Sicherheit, Justiz, auswärtige Beziehungen und Finanzverwaltung. Aufgaben jenseits dieser vier Kernbereiche bedürfen besonderer Rechtfertigung. Wir wollen prüfen, inwieweit vorhandene staatliche Einrichtungen durch private oder andere Organisationsformen ersetzt werden können“ (ebd.: 9). Das erklärt vielleicht, warum die Gesundheitspolitik in dem Grundsatzprogramm nicht mit einem Wort erwähnt wird – obwohl es die AfD damit selbst nicht ganz so ernst zu meinen scheint, werden doch zum Beispiel der Familienpolitik und der Kulturpolitik ganze Abschnitte gewidmet.

Was die Familienpolitik betrifft, möchte die AfD die „Masseneinwanderung“ beenden und dem Mangel an Arbeitskräften durch eine Erhöhung der Geburtenrate durch eine aktivierende Familienpolitik entgegenwirken, flankiert durch eine Schwangerschaftskonfliktberatung, deren vorrangiges Ziel der Schutz des ungeborenen Lebens ist (ebd.: S.44). Die Betreuung der Kinder bis zum dritten Lebensjahr soll



Fotos auf dieser Seite: Stephanie von Becker



überwiegend durch die Mütter zu Hause erfolgen (ebd.: S. 43). Hellhörig macht folgender Satz: „Die graduelle Abnahme der Bevölkerungszahl darf in Deutschland als einem der am dichtesten besiedelten Länder der Welt kein Tabu sein (ebd.)“. Abnahme der Bevölkerungszahl? Durch massenhafte Abschiebung derjenigen, die nicht als Deutsche angesehen werden?

Zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik findet sich im Grundsatzprogramm erstaunlich wenig – vielleicht, weil diese nach Meinung der AfD nicht zu den oben genannten Kernbereichen der Politik gehört. Im Mittelpunkt der wenigen Aussagen dazu steht die Förderung und Entlastung von Familien als flankierende Maßnahme der Familienpolitik. Im Abschnitt über Schule, Hochschule und Forschung findet sich dann doch noch eine Aussage zur Inklusion: „Die Forderung, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist bereits umfassend und erfolgreich erfüllt ... Inklusion ‚um jeden Preis‘ verursacht erhebliche Kosten und hemmt behinderte und nicht behinderte Schüler in ihrem Lernerfolg“ (ebd.: 54). Damit ist wohl in etwa das gemeint, was Björn Höcke (Faschist und Spitzenkandidat der AfD für die Landtagswahl 2024 in Thüringen) beim MDR-Sommerinterview 2023 meinte, als er im Zusammenhang mit der Regelbeschulung von Kindern mit Behinderung um „Belastungsfaktoren für das Schulsystem“ sprach.

Insgesamt fällt die starke Polarisierung und Ideologisierung der im Grundsatzprogramm getroffenen Aussagen auf. Auf der einen Seite sind da „die Guten“ (die AfD) und auf der anderen Seite



„die Schlechten“, die zum Beispiel eine „politisch-ideologische Indoktrination in den Klassenzimmern“ dulden (ebd.: 54); eine Gender-Forschung befürworten, die „nicht den Kriterien der Wissenschaft entspricht, sondern primär politisch motiviert ist“ (ebd.: 52); die Familien als „wertgebende gesellschaftliche Grundeinheit“ untergraben (ebd.: 41), traditionelle Geschlechterrollen stigmatisieren (ebd.) und natürlich aus ideologischen Gründen die freie Meinungsäußerung einschränken. Anders ist der Satz: „Die AfD fordert daher das selbstverständliche Recht auf freie Rede für freie Bürger wieder ein“ (ebd.: 58). Vor dem Hintergrund, dass gerade die AfD Kritik an ihren Positionen mit Einschränkung der Meinungsfreiheit verwechselt, abweichende Meinungen als Lügen oder böswillige Hetze verunglimpft, gesicherte Fakten als Falschaussagen darstellt und Weltmeister im Verbreiten von Fake-News ist, ist das geradezu eine absurde Forderung.

Einiges davon wird in den „10 Thesen für Thüringen“, veröffentlicht auf der Webseite der AfD Thüringen (Zugriff am 10.03.2024) noch deutlicher formuliert.



In These 3 ist etwa von der „Manipulation der öffentlichen Meinung zugunsten regierungsnaher Überzeugungen“ und in These 4 von der „staatlich geförderten illegalen Einwanderung“ die Rede.

Finden sich im Grundsatzprogramm der AfD keine Hinweise auf die Gesundheitspolitik, ist das beim „Wahlprogramm für die Landtagswahl in Thüringen 2019“ anders (Webseite der AfD Thüringen, Zugriff am 10.03.2024). Dort ist der Gesundheits- und Sozialpolitik ein ganzer Abschnitt



gewidmet, der sich insgesamt gar nicht so schlecht liest – abgesehen von der abstrusen Forderung, Asylbewerber nur in Notfällen zu versorgen und davon, dass die zunehmenden Angriffe gegen medizinisches Personal ausschließlich „... potenziell gefährliche(n) Migranten ...“ (ebd.: 48) in die Schuhe geschoben werden. Wie diese Vorschläge finanziert und umgesetzt werden sollen, dazu gibt es wenig Konkretes. Was die Glaubwürdigkeit der Aussagen betrifft: „Alle Kinder ... sind bei Aufnahme in Kindergarten oder Schule auf ansteckende Krankheiten ... verpflichtend zu untersuchen“ (ebd.: 47) Und dann? War es doch vor allem die AfD, die gegen die Corona-Impfungen polemisiert und diese abgelehnt hat.

AfD wählen? Nein Danke!

Vor dem Hintergrund oben zitierter Aussagen und vielem, das Politiker der AfD so von sich geben, sollte keiner, dem an der Zukunft Deutschlands etwas liegt, diese Partei wählen. Jetzt sind *einfälle* aber eine Zeitschrift von und für Menschen mit Epilepsie und ihre Angehörigen und

so manch einer mag sich fragen, was ein solcher Beitrag in diesem Heft eigentlich zu suchen hat – sind wir doch sonst immer parteipolitisch unabhängig. Wenn jedoch eine Partei wie die AfD unser Gesellschaftssystem gänzlich ändern und die Gesellschaft spalten will, ist es an der Zeit, deutlich Position zu beziehen – denn das hat auch Auswirkungen auf die hier lebenden Menschen mit Epilepsie. Dazu vier Thesen:

These 1: Die AfD möchte die parlamentarische Demokratie abschaffen und durch ein nicht ganz klar beschriebenes System der direkten Demokratie ersetzen. Zudem soll sich der Staat auf einige Kernaufgaben beschränken, zu denen die Gesundheits- und Sozialpolitik **nicht** zählt. Diese und andere Aufgaben sollten nach Möglichkeit von privaten oder anders organisierten Trägern übernommen werden. Das verkennet, dass es für die Sozial- und Gesundheitspolitik rechtliche Vorgaben und Rahmenbedingungen geben muss, wie sie etwa in den Sozialgesetzbüchern I - XIV formuliert sind und auf deren Gestaltung Verbände von

Menschen mit einer chronischen Krankheit oder Behinderung derzeit durchaus Einfluss haben. Das verkennet ebenfalls, dass private oder andere Träger, die in diesen Bereichen gewinnorientiert arbeiten müssten, insgesamt die Versorgung in diesen Bereichen nicht verbessern, sondern eher verschlechtern würden.

These 2: Zwar ist die Forderung der AfD richtig, die Pflege durch Angehörige besser zu fördern. Diese aber strukturell zu einem Hauptbestandteil der Pflege zu machen und deren Pflegesätze an die Leistungen für Pflegedienstleister anzupassen, würde relativ schnell zu einem Kollaps des Systems der Pflege führen, das bereits jetzt finanziell an seine Grenzen stößt – auf Kosten derjenigen, die auf einen Pflegedienst angewiesen sind. Die AfD blendet vollkommen aus, dass viele Menschen ohne die Unterstützung durch einen Pflegedienst nicht in der Lage wären, die häusliche Pflege ihres pflegebedürftigen Angehörigen zu gewährleisten. Auch wird einseitig davon ausgegangen, dass nur ältere Menschen mit eigenen Kindern einen Pflegebedarf haben. Was aber ist mit den Eltern pflegebedürftiger Kinder, wenn diese älter werden? Was ist mit denjenigen, die kinderlos geblieben sind oder mit denjenigen, die trotz Pflegebedarf selbstständig und unabhängig leben wollen? In diesem Kontext wirkt die Forderung, dass die „... Versorgung unseres Landes mit qualifizierten Arbeitskräften ...“ über die „... vollständige Erschließung der einheimischen Potentiale ...“ erfolgen muss (ebd.: 62) irritierend – würden doch schon jetzt die meisten ambulanten Pflegedienste ohne die vielen Mitarbeitenden aus dem euro-



päischen und nicht-europäischen Ausland ihren „Laden dichtmachen“ müssen.

These 3: Die Inklusion ist alles andere als abgeschlossen, wie die *AfD* behauptet. Bei Licht betrachtet, möchte sie Kinder mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen aus dem Regelschulsystem heraushalten und ausschließlich in Förder- oder Sonderschulen unterrichten. Das Ziel einer umfassenden gesellschaftlichen Teilhabe für Menschen mit einer chronischen Krankheit oder Behinderung rückt damit in immer weitere Ferne.

These 4: Madeleine Albright, von 1997 – 2001 Außenministerin der USA, versucht in ihrem 2018 erschienen Buch „Faschismus – Eine Warnung“, Faschismus zu definieren. Faschismus sei demnach weniger eine politische Ideologie als vielmehr ein Mittel zur Aneignung von Macht. Seine Energie beziehe der Faschismus aus dem Unmut der Bevölkerung. Er gewinne seine Anhänger durch die Manipulation und Kontrolle von Informationen. (Ob die *AfD* faschistisch ist, mag jeder selbst beurteilen. Die Aussage jedoch, dass die *AfD* eine in Teilen rechtsextreme Partei ist, macht genauso wenig Sinn wie die Aussage, dass Lieschen Müller teilweise schwanger ist.)

Ein weiteres Kennzeichen des Faschismus ist, dass er für komplexe Problemlagen einfache Lösungen anbietet und nahezu immer jemanden findet, der **alle** Probleme – mutwillig oder fahrlässig – zu verantworten hat (im Fall der *AfD* „illegale Einwanderer“ und „nur auf ihren eigenen Vorteil bedachte Politiker“). Die angebotenen einfachen Lösungen funktionieren aber so gut wie nie und setzen eine Dynamik in Gang, die immer weitere Gruppen von Menschen zu „Schuldigen“ erklärt und die Probleme eher verschlimmert, als dass es sie löst – mit fatalen Folgen für das Land und diejenigen, die in ihm leben – auch für Menschen mit einer Epilepsie. Zumal dann, wenn alle Bürger auch weiterhin das Recht haben sollen, Waffen legal zu erwerben und zu besitzen (*AfD* Grundsatzprogramm, S. 26) und die Meinungsfreiheit letztlich eingeschränkt werden soll, zum Beispiel durch die Abschaffung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner jetzigen Form (ebd.: 48).



Gemeinsam für Deutschland – aber wie?

1. Überlassen Sie die Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen nicht

denjenigen, die unsere Demokratie gefährden. Gehen Sie zur Wahl.

2. Glauben Sie keinem, der einfache Lösungen für komplexe Probleme anbietet – schon gar nicht dann, wenn suggeriert wird, dass es für alle Probleme nur einen oder wenige Verursacher gibt.
3. Informieren Sie sich über die Partei, die Sie wählen. Lesen Sie ihr Wahlprogramm und hinterfragen Sie die Aussagen kritisch. Und: „Glaubt nicht einem jeden Geist, sondern prüft die Geister, ob sie von Gott sind, denn viele falsche Propheten sind hinausgegangen in die Welt“ (Mt 7,15).
4. Nicht jeder, der die *AfD* wählt, ist rechtsextremistisch eingestellt. Wer aber eine rechtsextreme Partei wählt, ist mitverantwortlich dafür, was diese macht. Seien Sie sich dieser Verantwortung bewusst.

Norbert van Kampen